

ATOMMÜLLTRANSPORTE

gefährden  
uns  
alle



Mütter gegen  
Atomkraft

AKWs  
nein



Kultur gegen die WAA  
Waahnsinn



## Dieter Groß & Uli Otto

### Facetten und Aspekte des Anti-WAA-Widerstands in der Oberpfalz zwischen 1980 bis 1990. Eine Annäherung an Teilaspekte der neueren Oberpfälzer Regional- und Kulturgeschichte: Einleitung

#### 1. Vorbemerkungen

Zwischen 1980 und 1990 stand die über die bayerische Oberpfalz hinaus weitgehend unbekanntes Gemeinde Wackersdorf im Fokus einer breiteren Öffentlichkeit, denn Bundesregierung bzw. Bayerische Staatsregierung hatten sie auf Betreiben der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) als möglichen Standort einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage vorgeschlagen. Der unerwartet heftige Widerstand breiter Teile der Bevölkerung, der sich auch in kulturellen Aktivitäten manifestierte, ließ „Wackersdorf“ in eine Reihe mit Anti-Atom-Zentren wie Wyhl, Brokdorf und Gorleben treten. Mehr noch als diese wurde es zum symbolhaften Ort erfolgreicher bürgerlicher Gegenwehr, an deren Ende die Pläne sang- und klanglos beerdigt wurden.

Drei Jahrzehnte später drohen Details dem Vergessen anheimzufallen. Herausgeber, Autoren und Mitarbeiter des hier vorgestellten Projekts sehen sich daher als Chronisten der verschiedenen Facetten und Aspekte insbesondere des kulturellen Anti-WAA-Widerstands. Ziel der Publikation ist die Aufarbeitung eines Kapitels Oberpfälzer Regional- und Kulturgeschichte, das heute eher „Fußnote“ zu sein scheint - obwohl die damaligen Auseinandersetzungen zehn Jahre lang die Mentalität und das Bewusstsein eines wesentlichen Teils der Bevölkerung der Oberpfalz prägten. Zu Wort kommen vor allem „teilnehmende Beobachter“ der damaligen Geschehnisse. Insofern erhebt die Präsentation keinen neutralen Anspruch, will sie doch den damaligen Widerstand „verlebendigen“ und ihm „Gesichter“ verleihen.

Die Summe der Mitautoren wie Material- und Stofflieferanten versucht andererseits, einer allzu subjektiven und selektiven Darstellung entgegenzusteuern.

Das digitale Format wurde gewählt, weil es flexibler (und kostengünstiger) ist als traditionelle Printveröffentlichungen, weil es Zugriffsmöglichkeiten und Überarbeitung erleichtert und die Möglichkeiten medialer Darstellung (Filmsequenzen, Bilder, Lieder, sonstige Audio- und Videoquellen usw.) erweitert. Mit der sukzessiven Veröffentlichung seiner Teile ist das Projekt nicht abgeschlossen. Es versteht sich als Prozess, in dem nach und nach weitere Aspekte zum Thema erfasst werden können und sollen. Die LeserInnen sind eingeladen, diese zu ergänzen und weiter zu entwickeln. Auch die bereits online gestellten Teile können in diesem Sinne weitergeschrieben werden.



Die vorliegende Darstellung selbst ist bereits Resultat eines breiten Austauschprozesses. Gedankt sei den bisherigen Mitwirkenden, so unterschiedlich ihre Beiträge im Einzelnen auch sein mögen.

In alphabetischer Reihenfolge sind dies:

## **A**

Helmut Achtner (Abensberg) - Dr. Soko Aoki (Nagoya/Japan)

Stefan Adler (Regensburg)

## **B**

Claudia & Georg Balling (Bernhardswald) - Herbert Baumgärtner (Regensburg) - Wolfgang Beisert (Göttingen) - Dr. Margit Berwing-Wittl (Burglengenfeld) - Claus Biegert (München) - Jürgen Blochberger (Regensburg)

Reinhold Blochberger (Regensburg) - Prof. ehm. Dr. Herbert Brekle (Regensburg)

## **C**

Klaus Caspers (Regensburg)

## **D**

Wolfgang Dehlinger (Salzkotten) - Harald Dobler (Viechtach)

## **E**

Jörg Ermisch (Kellinghusen)

## **F**

Erwin Frank (Regensburg) - Günter Frank (Hemau)

Thea Maria Fürst (Laaber)

## **G**

Janine Gaumer (München) - Hermann Grabe (Donaustauf) - Jürgen Grande (Regensburg) - Ulrich Graß (Freiburg i.Br.) - Horst Grimm (Nürnberg) - Dr. Dieter Groß (Regensburg) - Franz Grundler (Nabburg)

## **H**

Andreas Hanauer (Regensburg) - Wolfgang Herzer (Weiden) - Brigitte Heese (Weiden) - Gaby Högerl (Obertraubling)

Klaus Hofmann (Regensburg)

## **K**

Eva Keil (Schwandorf) - Dr. Eberhard Klein (†) (Brennberg)

Dieter Kirpal (Nittenau) - Eginhard König (Regensburg)

Helmut Köppl (Hausen) - Helmut Kroner (Altenschwand)

Richard Kurländer (München)

## **L**

Manfred Langer (Schwandorf) - Anderl Lechner (München/Berlin)

Dr. Carsten Lenk (Regensburg) - Stefan Link (Kallmünz)

Erhard Löffler (Regensburg)

## **M**

Markus Mayer (Regensburg) - Thomas Meier (Regensburg)

Karl Heinz Mierswa (Regensburg) - Inge Moser (Regensburg)

## **N**

Anselm Noffke (†) (Oldenborstel) - Wolfgang Nowak (Schwandorf)

## **O**

Nikola Otto (Wien) - Thomas Otto (Parkstein)

Till Otto (Regensburg) - Dr. Uli Otto (Regensburg)

## **P**

Clemens M. Peters (Regensburg) - Imogen Pfarr-Otto (Regensburg)

Inge Pfülb (Sinzing) - Toni Plommer (Regensburg)

Dr. Hans Pritschet (Regensburg) - Elli Pulina (Regensburg)

## **R**

Gerlinde Reimann (Regensburg) - Thomas Rietschel (Frankfurt a.M.)

Thomas Ries (Bayreuth) - Manfred Rohm (Pentling)

## **Sch**

Dr. Hermann Scheuerer-Englisch (Regensburg)

Peter W. Schmidt (Regensburg) - Landrat a.D. Hans Schuierer (Schwandorf)

Bernd Schweinar (Teugn)



## S

Ali Stadler (Wiesent)

Hans Stängl (Regensburg) - Dr. Heinz Stockinger (Salzburg)

Isolde Stöcker-Gietl (Regensburg) - Dr. Peter Streck (Regensburg)

## T

Arthur Theisinger (Burglengenfeld) - Dr. Manuel Trummer (Regensburg)

## V

Christian Veith (Regensburg) - Richard Vogl (Bernhardswald)

## W

Robert Wachsmann (Ansbach) - Veit Wagner (Weiden)

Dieter Weber (Regensburg) - Hans Well (Zankenhausen)

Michael Well (Ascholding) - Wolfram Welzer (Nürnberg)

Bertl Wenzl (Regensburg) - Vera Wetzler (Regensburg)

Friedrich Wies (Amberg)- Reinhold Wittke (Regensburg)

Alexander Wolfrum (Bayreuth) - Alfred Wolfsteiner (Schwandorf)

Gerhard Wuttke (Regensburg)

## Z

Dr. Jörg Zedler (Regensburg).

## 2. Zum Stand der fachlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung

Gerade in kulturwissenschaftlicher Hinsicht sind die Wackersdorfer Ereignisse nicht ausreichend aufgearbeitet. Schon auf dem Höhepunkt der Geschehnisse hatte einer der Herausgeber, der Regensburger Volkskundler Uli Otto, ortsansässige Kulturwissenschaftler aufgerufen, die Anti-WAA-Bewegung der Region zu begleiten und zu kommentieren.<sup>1</sup> Beispielgebend sollte die bereits 1977 im badischen Wyhl gezeigte Ausstellung „Wyhl und Widerstand“ sein.<sup>2</sup> Doch erst in neuerer Zeit beginnen an der Universität Regensburg (in deren Einzugsbereich Wackersdorf liegt) Fächer wie die Bayerische Landes- und die Kunstgeschichte, aber auch Fachbereiche wie die Katholische Theologie das Thema vereinzelt aufzugreifen.

Ein Überblick, inwieweit „Wackersdorf“ an anderen deutschen Universitäten Thema der Sozial- und Kulturwissenschaften war, steht aus. Am Institut für Neuere und Neueste Geschichte der Schiller-Universität Jena jedenfalls untersucht ein Dissertationsprojekt von Janine Gaumer den „WAAhnsinn in der bayerischen Provinz. Der Konflikt um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf 1980-1990“. Es beleuchtet die gesellschaftlichen Befindlichkeiten und die politische Kultur der Bundesrepublik aus der Perspektive einer Einzelfallstudie heraus, deren Thematik ein zentrales Konfliktfeld in den siebziger und achtziger Jahren war und es - wenn auch unter veränderten Bedingungen und Prämissen auch heute noch ist. Eine der zentralen Fragen konzentriert sich dabei auf das Staatsverständnis von Bürgern jenseits der intellektuellen Elite. In Wackersdorf standen Modus und Legitimität staatlicher Gewalt zur Disposition. Was der Staat mit welchen Mitteln durchsetzen kann und darf, diese Machtfrage war im Konflikt um die WAA von großer Bedeutung. Welche Erwartungen wurden von der Bevölkerung an den Staat und seine vollziehenden Organe gestellt? Welche Legitimität konnten sowohl Staat als auch Demonstranten in ihren Vorgehensweisen für sich beanspruchen, und welche internen Differenzen gab es darüber auf beiden Seiten? Wie wurden jeweils Begriffe wie ‚Freiheit‘ und ‚Sicherheit‘ definiert, die aus unterschiedlichen Gründen in Gefahr gesehen wurden? Die unterschiedlichen protestierenden Akteure in Wackersdorf werden dabei genauer in den Blick genommen und nach der Positionierung bestimmter Gruppen innerhalb des Protests - insbesondere den christlichen - und den Protest- und Radikalisierungsformen gefragt. Über diese konkrete Analyse des Protests hinaus stellt sich die Frage nach der energiepolitischen Bedeutung der WAA und ihrer Einordnung in die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Energieversorgung in der Bundesrepublik. Die Expertenkultur, die in der Anti-Atomkraft-Bewegung eine enorme Bedeutung hatte, ist weiterhin ein Untersuchungsfeld, das in dem Dissertationsvorhaben eine Rolle spielt.<sup>3</sup>



Bezeichnenderweise scheint die erste abgeschlossene wissenschaftliche Arbeit, die sich unter anderem mit Wackersdorf befasste, in Japan vorgelegt worden zu sein. Soki Aoki, Literatursoziologin an der literarischen Fakultät der Tohoku Universität in Sendai, verfasste ihre Dissertation zum Thema „Die Entwicklung der Atom-Bewegung in Deutschland: Initiative zur umweltorientierten Gesellschaft“. Ihr Augenmerk richtete sich neben dem Entwicklungsprozess umweltfreundlicher Politik auch auf die Rolle der Umweltbewegungen und gibt einen Überblick über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>4</sup>

Inzwischen zeigen auch Leitung und Mitarbeiter des „Hauses der Bayerischen Geschichte“, das 2018 in Regensburg eröffnet werden soll, Bereitschaft, widerständigen Ereignissen wie „Wackersdorf“ Raum zu bieten.<sup>5</sup> Denkanstöße kamen u.a. vom „Arbeitskreis Regensburger Bürger“<sup>6</sup>, dessen Mitglieder sich schon in den 1980er Jahren in die Auseinandersetzungen eingeschaltet und Anti-WAA-Veranstaltungen aktiv initiiert oder unterstützt hatten. Nennenswert, aber leider nicht öffentlich zugänglich sind einige durch interessierte Lehrkräfte angeregte Facharbeiten an Schulen der Region.

Bereits im Vorfeld des Projektes wurde klar, dass öffentliche Förderung kaum zu beschaffen war. Anfragen wegen finanzieller Unterstützung wurden bislang abschlägig beschieden. So antwortete das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst auf Anfrage: „[W]ir haben Ihr Anliegen geprüft. Leider gibt es keine Fördermöglichkeit für ein solches Projekt im Bereich der Kulturförderung des Staatsministeriums und im Bereich Kulturfonds Bayern. Weitere mögliche Ansprechpartner, die als Förderer in Betracht kämen, sind uns leider nicht bekannt“.<sup>7</sup> Von der Friedrich-Ebert-Stiftung kam die Antwort, man könne „keine großen Hoffnungen machen [...], denn die Friedrich-Ebert-Stiftung ist keine finanzielle Stiftung. Wir sind verpflichtet, die uns zur Verfügung gestellten Gelder für eigene Projekte zu verwenden“.<sup>8</sup> Reaktionen der Heinrich-Böll-Stiftung der GRÜNEN blieben zunächst aus, obwohl das Thema doch quasi zum Gründungsmythos der Partei gehört; eine spätere Antwort war ebenfalls negativ.<sup>9</sup> Ihr bayerischer Ableger antwortete zügig, aber auch abschlägig:

„Die Petra-Kelly-Stiftung hat als grünnahes Bildungswerk den Auftrag, in Bayern eigenständig Veranstaltungen im Rahmen politischer Bildung durchzuführen. Auf Grund der Vorgaben unserer Geldgeber – Bayerisches Kultusministerium und Bundesinnenministerium – dürfen wir weder sponsern noch fördern oder finanzielle Unterstützung gewähren. Es tut mir leid, Ihnen nichts anderes mitteilen zu können. Für Ihr Vorhaben wünsche ich Ihnen viel Erfolg.“<sup>10</sup> Ebenfalls eine Absage kam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wenngleich man Interesse am Thema bekundete.<sup>11</sup> Eine erste Förderung erfolgte dann jedoch seitens eines engagierten Regensburger Privatmannes, Ulrich Lenz von „Ostwind“.<sup>12</sup> Dagegen wurde unser Anliegen einer Förderung seitens der Stadt Regensburg – hier in Person des Oberbürgermeisters sowie einer Kulturberaterin der Stadt – in einem Schreiben vom 26. April sowie einer Mail vom 03. Juni 1916 abschlägig beschieden.<sup>13</sup>

Mit der hier sichtbar werdenden Abschottung des etablierten Politikbetriebs vom „Druck der Straße“ und den daraus folgenden demokratischen und kulturellen Implikationen hatte sich Bernd Jürgen Warneken bereits Ende der 1980er Jahre beschäftigt. Im Einleitungskapitel zum Band *Massenmedium Straße*. Zur Kulturgeschichte der Demonstration stellt er fest:

„Zu vermuten ist, dass auch die politische und kulturelle Distanz zum Massenmedium Straße dieses als bloße Randerscheinung des politischen Lebens erscheinen ließ und überdies gefürchtet wurde, dass die ‚Unseriosität‘ des Gegenstands auf ihre Analytiker abfärben könnte. Als sich [...] die Historik seit den 1970er Jahren mehr als vorher der Geschichte des sozialen Protests zuwandte, galt das Interesse eher spektakulären Aufruhrhandlungen als ‚bloßen Demonstrationen‘, die meist keine greifbaren Folgen auf der Ebene des politischen Systems und der sozialen Strukturen aufzuweisen hatten. Erst als sich in und neben der sozialhistorischen Forschung auch kulturhistorische Interessen am sozialen Protest zu Wort meldeten, konnte das ereignis-, struktur- und alltagshistorisch eher irrelevant erscheinende Handlungsmuster Demonstration allmählich Bearbeiter finden, die erkannten, dass die ‚Zeichen, Symbole und Rituale solcher Aktionen, eine wichtige Rolle bei der Strukturierung politischer



Erfahrung, insbesondere bei dem Aufbau kollektiver Identitäten spielen, dass ihre Abläufe und die dabei praktizierten Aktionsmuster in hervorragender Weise Auskünfte über Konvergenzen und Verwerfungen von Alltags- und politischer Kultur, von Volks- und Parteikultur und über die Amalgamierungsformen von Tradition und Moderne in der ‚Volkspolitik‘ geben können.“<sup>14</sup>

Ein Grundzug des Verdrängens charakterisiert zumindest in wesentlichen Teilen auch die regionale Kulturgeschichte - so, wenn eine aktuelle Musikgeschichte Regensburgs den Beitrag regionaler Musiker im Widerstand gegen die WAA und damit die Rolle seiner kulturelle Träger nicht zur Kenntnis nimmt.<sup>15</sup> Dabei ging der Widerstand einer Vielzahl an Kulturschaffenden gegen die WAA weit über eine bloße Begleitung der Aktionen hinaus. Als Beispiel genannt sei die österreichische Initiative PLAGÉ aus Salzburg, die bis heute besteht. 1986 und 1988 führte sie in Verbindung mit namhaften Musikern, Schauspielern und weiteren Künstlern zwei große Anti-Atom-Wochenenden durch, die „Salzburger Protestspiele“. Die phantasievollen Aktionen der PLAGÉ in Wackersdorf wie in Salzburg führten sogar dazu, dass die bayerische Staatsregierung die Landesgrenze schloss, um Widerständlern die Einreise zu verweigern. Der bayerische Ministerpräsident F.J. Strauß, bis dahin regelmäßig Gast der Salzburger Festspiele, sah sich daraufhin gar zu deren Boykott veranlasst.

### 3. Kulturtheoretische Anmerkungen

Fast zehn Jahre lang bestimmten die Auseinandersetzungen um die geplante Aufarbeitungsanlage für abgebrannte atomare Brennstäbe das Leben und den Alltag eines Großteils der oberpfälzer Bevölkerung. Die Region war zwischen 1980 und 1989 geprägt von zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen und verschiedensten Aktionen der Bls und zahlreicher Einzelpersonen. Mit ihren ureigensten Mitteln, Fähigkeiten und Interessen traten sie damit gleichzeitig für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie ein. Gerade Literaten, bildende Künstler und Musiker aller Stilrichtungen und Genres wurden zu Sympathieträgern des Widerstands. Ohne ihre Unterstützung hätte der Widerstand anders ausgesehen - weniger spontan, weniger vergnüglich, weniger optimistisch.

In der praktischen Forschung zeigen diese Ereignisse exemplarisch, wie Soziologie und Volkskunde arbeitsteilig im Verständnis solcher Vorgänge kooperieren. Zwar waren die Auseinandersetzungen um die WAA einerseits von zeitweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen geprägt. Soziologisch gefragt: Wie wurden die Beteiligten mit Notlagen und Gefahrensituationen fertig? An welchen „Traditionen“ orientierte man sich im Verlauf der Auseinandersetzungen, welche bildeten sich neu heraus? Andererseits und in kulturwissenschaftlicher Perspektive: Wie entwickelten sich Formen des Widerstandes, die Gemeinschaftlichkeit und Solidarität über das formelle politische Ziel hinaus schufen? Wie organisierte man das (ja meist kurzfristige) Zusammensein unter konfliktgeladenen äußeren (und gewiss auch gelegentlich inneren) Umständen? Wie etwa funktionierte das Zusammenleben in den zeitweise existierenden Hüttendörfern? Welche kulturellen Mechanismen integrierten die in Hinblick auf Generationsstruktur, politische Ausgangslagen und soziale Zugehörigkeit doch sehr diversen Gruppen, die sich in Wackersdorf auf engem Raum trafen? Wie trugen sie ihre Botschaft in die Region?



Die Beantwortung solcher Fragen setzt zudem einen weit gefassten Begriff von „Alltagskultur“ voraus, wie ihn Helge Gerndt skizziert: „Im Gegensatz zu einem traditionellen bürgerlichen Kulturverständnis, das auf Erscheinungen gerichtet ist, die vor allem einer ‚schöngeistigen Überhöhung‘ des Lebens dienen“, geht es um „die Gesamtheit menschlichen Symbolschaffens“.<sup>16</sup> Es umfasst materielle Gegenstände, Verhaltensformen, Sprachgebilde, soziale Institutionen und Wertsetzungen und schließt Literatur, Theater, Kunst und Musik ein.

Es dürfte sich nicht um reinen Zufall handeln, dass um die Zeit der WAA-Ausinandersetzungen - als Beispiel eben einer Vielzahl ähnlicher Aktivitäten im Umfeld der „neuen sozialen Bewegungen“ auch die Kulturwissenschaften (hier: die Volkskunde als universitäres Fach) eine paradigmatische Umorientierung durchlaufen. Die kulturanthropologische Neubestimmung des akademischen Arbeitsfelds reicht dabei (wie die neuen Formen des Straßenprotests) in die „auführerischen“ späten 1960er Jahre zurück. Schon 1969 hatte Ina-Maria Greverus gefordert:

„Unseren Beitrag sehe ich darin, die Muster kultureller Formen und kulturellen Verhaltens innerhalb der differenzierten europäischen Zivilisationswelt zu untersuchen. Wo wir die Einsätze finden, [...] ist dabei von sekundärer Bedeutung und der Forscherneigung überlassen. Das primäre Anliegen dürfte die Erhellung eines bestimmten Kulturmusters sein, als variable und als solche in ihrer räumlichen, geschichtlichen, sozialen und psychischen Bedingtheit zu erfassenden Manifestation menschlicher Anlagen. Wir würden damit innerhalb einer allgemeinen Anthropologie als Dachdisziplin an den Erkenntnissen der empirischen, physischen, psychischen und sozialen Anthropologie partizipieren und unsererseits einen Beitrag als kulturelle Anthropologie leisten.“<sup>17</sup>

Im Gefolge der sogenannten Falkensteiner Tagung 1970 begann man, stärker gegenwartsbezogen zu forschen und sich nun vermehrt soziokulturellen Problemen zu widmen: „Volkskunde analysiert die Vermittlung (die sie bedingenden Ursachen) und die sie begleitenden Prozesse von kulturellen Werten in Objektivationen (Güter und Normen) und Subjektivationen (Attitüden und Meinungen). Ziel ist es, an der Lösung sozio-kultureller Probleme mitzuwirken“.<sup>18</sup> Der Paradigmenwechsel war so tiefgreifend, dass er mit der Umbenennung vieler volkskundlicher Universitätsinstitute verbunden war.<sup>19</sup>

Die neue Vergleichende Kulturwissenschaft arbeitet nun „mit anderen Sozialwissenschaften an realen Problemen, die immer auch ihre kulturelle Seite haben. Die Analyse dieser Seite gesellschaftlichen Lebens ist die Aufgabe der Volkskunde“.<sup>20</sup> Oder mit Wolfgang Brückner (und im für den WAA-Widerstand so zentralen Jahr 1987): „Heute versteht sich die Vergleichende Kulturwissenschaft (oder Volkskunde) weitgehend als Sozialgeschichte regionaler Kultur oder als empirische Kulturforschung des sozialen Wandels“.<sup>21</sup> Kulturforschung ist damit komplexe Gesellschaftsanalyse. Alle kulturellen Objektivationen und Subjektivationen müssen jeweils aufeinander bezogen statt nach isolierten soziokulturellen Standards und Patterns untersucht werden.

Elisabeth List schreibt zur aktualisierten Selbstverortung der Kulturwissenschaften, dass es ohne Zweifel der thematische und theoretische Blickwinkel sei, „der die Transformation der traditionellen Geisteswissenschaften hin zu stärker gegenwartsorientierten Kulturwissenschaften durch Momente der politischen Neuorientierung der intellektuellen Strömungen innerhalb und außerhalb der Universitäten mitbestimmt“, wenn dies auch „nicht notwendig eine Politisierung der Wissenschaften“ bedeutet, „so wie sie in der Zeit der Studentenbewegung in aller Form gefordert wurde. [...] Auch die Neuentdeckung und Neubewertung von Alltag und Lebenswerk gehörten sicher zu jenen theoretischen Innovationen, die sich politischen Impulsen von außen verdanken.“<sup>22</sup> Und an anderer Stelle führt sie aus:



„Eines der kennzeichnenden Merkmale einer ausdrücklich kulturwissenschaftlichen Orientierung in der Entwicklung traditioneller Fächer der geisteswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten ist eine neue Aufmerksamkeit für die gesellschaftliche bzw. soziale Dimension kultureller Prozesse und Phänomene.“<sup>23</sup>

Gerade in den letzten Jahrzehnten sei „die kulturelle Dimension gesellschaftlicher Prozesse stärker in den Blickpunkt der Forschung“ getreten.<sup>24</sup> Eine aktive Rolle in der Veränderung des kulturwissenschaftlichen Zugangs spielten umweltkritische Aktionen wie der WAA-Widerstand auch in direkterer Weise. Nach Wolfgang Kaschuba lässt sich „die Entwicklung einer ökologischen Perspektive“ nicht allein aus den Bemühungen von geistes- und naturwissenschaftlichen Kritikern des Zivilisations- und Forschungskonzepts erklären. Auch hier waren und sind die ökologischen und ‚grünen‘ Bewegungen mitverantwortlich dafür, dass neue Fragen und Sensibilitäten im Blick auf das Verhältnis Mensch-Natur entstehen.<sup>25</sup> Deutlicher differenziert werden nun auch die Zugänge zum Forschungsgegenstand. Doris Bachmann-Medick beschreibt die Veränderungen bezüglich der Aufgabenfelder der Kulturwissenschaften dahingehend, dass sie „die Aufmerksamkeit verstärkt auf Materialität, Medialität und Tätigkeitsformen des Kulturellen“ richten, „um genauer zu erkennen, wie und in welchen Prozessen und kulturspezifischen Ausprägungen Geistiges und Kulturelles in einer jeweiligen Gesellschaft überhaupt produziert werden“.<sup>26</sup>

Der früher scheinbar so festgefügte Begriff „Kultur“ weitet sich aus zu distinkten, wenn auch verknüpften Forschungsfeldern. Martin Scharfe geht in diesem Sinne von einem Kulturbegriff „im öffentlichen Sprachgebrauch aus“ und definiert daraus „vier Bedeutungswolken“, von denen nur die erste „Hochkultur“ meint: In einer ersten Wolke ist Kultur in einem engeren Sinne verstanden, es geht um ‚höhere Kultur‘, gemeint sind Veranstaltungen im Bereich der bildungsbürgerlichen, der akademischen, der Oberklassen-Kultur. Die Stichworte lauten: Theater, Konzerte, Ballett, Kabarett, Kunstausstellungen, Lesungen. In Zeitungen, die keinen eigentlichen Feuilleton-Teil führen, mag dieser

Bereich unter der Rubrik ‚Kultur am Wochenende‘ erscheinen – womit aber allein schon durch die zeitliche Zuordnung zum Feiertags- und Feierabendbereich der vom Alltag abgehobene Charakter dieses Verständnisses von Kultur bezeichnet wäre“.<sup>27</sup>

Den Bereich der „E-Kultur“ besonders herauszuheben ist deswegen sinnvoll, weil - oft übersehen - nicht wenige der damaligen Kultur-Veranstaltungen ihr entstammten, so etwa in Theaterstücken, Konzerten, Kunstausstellungen und Lesungen.<sup>28</sup> Gerade dieses Spannungsfeld zwischen bildungsbürgerlichem Kulturbegriff, bewusst politischer, aufklärerischer und gesellschaftskritischer Intention und praktischem Widerstand (der ja auch soziale Grenzen verschwimmen ließ), rief die Kritik derjenigen hervor, die auf einem unpolitischen Charakter von Kultur beharrten und jede Abwendung vom Konzept „l’art pour l’art“ als Missbrauch der Kultur diskreditierten.

Gewiss wären im vorliegenden Projekt noch weitere Ebenen kulturwissenschaftlicher Durchdringung denkbar, etwa entsprechen Aleida Assmanns auf sechs Kulturbegriffe erweiterter Typologie:

- „Pflege im Sinne von Verbesserung und Aufwertung einer Sache (z.B. Fitnesskultur);
- geographische und politische Großgebilde
- (z.B. die französische Kultur, die westliche Kultur);
- inklusiver Begriff für alles, was Menschen tun und mit ihnen zusammenhängt (ethnographischer Begriff);
- elitärer Begriff von Hochkultur;
- Beherrschung der Triebkultur (Zivilisation);
- Kritische bzw. auratische Gegenwart zur Realität (Frankfurter Schule).“<sup>29</sup>

Assmanns Hinweise wären zentral für eine Ausweitung des Projekts hin zu einer tieferen Durchdringung auch der Konflikte, etwas der tieferliegenden Spannungen, die in den betroffenen Gemeinden, Familien, ja Individuen vor Ort sich nicht selten als spaltend erwiesen. Doch im Mittelpunkt der vorgelegten Untersuchungen stehen eher die kulturellen Äußerungen von Menschen, die auf ästhetischem Wege und mit den zeitgenössisch verfügbaren Mitteln ihre Ablehnung der Wackersdorfer „Atomfabrik“ anderen gegenüber manifestieren sollten.



Hier aber liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der historischen Analyse. Bei aller Unterschiedlichkeit in Forschungsschwerpunkten und Methodologie ergänzen sich Volkskunde und Gegenwartsanalyse ja. Auf diese Verschränkung von Zeitgeschichte und Kulturwissenschaft verweist Anette Vowinckel. Zusammenfassend schreibt sie:

So unterschiedlich die Produkte beider Disziplinen auch erscheinen mögen. Im Hinblick auf ihre epistemologischen Grundlagen gibt es mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen; die Unterschiede sind eher gradueller als prinzipieller Art. Tatsächlich stellt die Kulturgeschichte als Teilgebiet der Kultur- wie auch der Geschichtswissenschaft eine beachtliche Schnittmenge dar, die in der Kulturwissenschaft durch die Kulturtheorie, in der Geschichtswissenschaft durch Sozial-, Politik- und Wirtschaftsgeschichte flankiert wird. Gehen wir zudem davon aus, dass die Kulturwissenschaft sich eher über die Methoden als über den Gegenstand Kultur definiert, so ist auch eine ‚Verkulturwissenschaftlichung‘ sozial-, politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten denkbar und sinnvoll. Die geschichtswissenschaftliche Forschung zur Frühen Neuzeit hat solche Impulse schon seitlängerem aufgenommen; in der methodisch eher konservativen Zeitgeschichtsforschung steht dies noch am Anfang.<sup>30</sup>

Die Relevanz des Themas für die Gesellschafts- und Kulturwissenschaften besteht letztendlich darin, dass man komplexe Phänomene wie den WAA-Widerstand und dessen Langzeitfolgen sowohl in ihren objektiven Kontexten als auch in ihren Intentionen und Wirkungen zu begleiten hat. Viele durchaus staatstragende Bürger entfremdeten sich – einige zeitweise, andere für immer – von Regierung, Staatsorganen und Volksparteien, denen sie nun Misstrauen und Abneigung entgegenbrachten. Auf der anderen Seite bewirkten die Geschehnisse, dass die Ablehnung der Atomkraft, die sich seit den 1970er Jahren vor allem in Deutschland in der Gesellschaft ausbreitete, Mitte der 1980er Jahre in der Mitte der Gesellschaft ankam und letztendlich mehrheitsfähig wurde. Praktische Kultur war und ist so mehr als nur eine „Begleiterscheinung“ beim (hoffentlich erfolgreichen) endgültigen Atomausstieg. Sie begleitete und verstärkte von Anfang auch die Forderungen einer nach politischer Partizipation strebenden Bürgergesellschaft.

#### 4. Quellenlage

Unter den regionalen Bürgerinitiativen (BIs), die zu den Hauptträgern des Kampfes gegen die WAA wurden, sind zu nennen (in alphabetischer Reihenfolge) die BI Amberg, die BI Cham, die BI Nittenau, die BIWAK Regensburg, die BI Regenstauf, die BI Schwandorf, die BI Schwarzenfeld, die BI Sulzbach-Rosenberg und die BI Weiden. Weitere Gruppierungen in anderen Orten wären zu ergänzen. Unter den internationalen Gruppen heraus sticht die PLAGE Salzburg als Initiative, die bis heute besteht.

Inzwischen ist ein Teil der Materialien der Bürgerinitiativen in das Bayerische Staatsarchiv Amberg eingegangen. Sie werden dort zentral gelagert und sind öffentlich zugänglich. Einige Aktenkonvolute allerdings stehen der Öffentlichkeit erst ab 2020 zur Verfügung bzw. werden erst nach Genehmigung der BIs zugänglich gemacht. Im Privatbesitz dürften sich weitere Quellen befinden, die bisher nicht an Archive weitergegeben wurden. Hier allerdings drängt schon allein lebensgeschichtlich die Zeit. Denn der Widerstand gegen die WAA gehörte so sehr zum Alltag, dass er aus sich heraus wenig „erinnerungswürdig“ war. Persönliche Papiere, Dokumente und Fotos wurden nach dem Scheitern der WAA-Pläne bestenfalls in Ordnern, Koffern oder Kisten verstaut, schlimmstenfalls weggeworfen. Viele der damals Aktiven hätten sich nicht im Traum vorstellen können, dass sie einmal von Interesse sein könnten. Die Generation ihrer „wackersdorfgeschädigten“ Kinder befasste sich mit den „alten Geschichten“ kaum mehr.<sup>31</sup>

Auf die ausführlichere Literaturliste im Rahmen des Projekts sei gesondert hingewiesen. Das wesentlich Neue hier ist, dass sich die Bearbeiter der vorgelegten Texte weitgehend auf Primärquellen, vor allem aus der Region, stützen.<sup>32</sup> Dabei gehen publiziertes und erinnertes Material Hand in Hand. Gerade die Rekonstruktion der Ereignisse aus dem Gedächtnis von Zeitzeugen kann sehr selektiv sein und muss anhand weiterer Quellen überprüft werden.<sup>33</sup>



Materialien wurden von Anbeginn durch engagierte WAA-Gegner systematisch gesammelt - insbesondere von Wolfgang Nowak aus Schwandorf, dessen Haus im Laufe der Jahre zum umfangreichen Archiv wurde: Plakate, Ankündigungen, lokale bzw. regionale Zeitungsanzeigen, Berichte und Besprechungen, Bücher, Lieder, Fotos, Dias, Tonträger, Filme und sonstige Informationen zu unterschiedlichen Initiativen, Trägern der Bewegung und Aktionen. Nowak hat sie über Jahrzehnte hinweg und (wenn man von der zeitweiligen Zuarbeit einer ABM-Kraft absieht) ohne öffentliche Unterstützung in Ansätzen sogar "archivalisch" aufbereitet und teilweise digitalisiert. Nutzer seiner Sammlung können mit sachkundiger Unterstützung rechnen. Auch ein Teil seiner Unterlagen fand den Weg ins Staatsarchiv Amberg, lagert dort allerdings weitgehend unbearbeitet im Archivkeller.

Wesentliche Einblicke gewährt darüber hinaus die Fotosammlung von Herbert Baumgärtner, der seinerzeit mit seiner Kamera teilnehmender Beobachter vieler Aktionen war. Er suchte als akribischer Zeitzeuge nicht das „kunstvolle“ sondern das „wirkmächtige“ Foto.<sup>34</sup> Was Liedmaterialien und sonstige Informationen anbelangt, seien stellvertretend Eginhard König, Helmut Köppl und Uli Otto von der damaligen „Folk- und Volksmusikwerkstatt Regensburg und Ostbayern e.V.“<sup>35</sup> sowie die Schwandorfer Manfred Langer und Alfred Wolfsteiner genannt, die weitgehend unabhängig voneinander gesammelt aber später oft Materialien, vor allem Lieder, untereinander getauscht haben. Erwähnung finden soll auch das lokale Volkskundemuseum Burglengenfeld, in dem sich ein umfangreiches Konvolut von Plakaten und anderen Materialien aus dem oberpfälzer Anti-WAA-Widerstand findet.

Von großem Interesse sind schließlich die Chroniken von Bürgerinitiativen, Entstehungs- und (eventuelles) Auflösungsdatum, Vorstands- und Mitgliederlisten, BI-Satzungen, Sitzungsprotokolle, die Aufschlüsse über ihre (gerade auch kulturellen) Aktivitäten geben könnten, BI-Zeitschriften, Fotos, Briefwechsel, Zeitungsartikel, Plakate, Flugblätter und sonstige Archivalien. Rückmeldungen auf diesbezügliche Anfragen kamen aus Schwandorf und Cham, in Ansätzen auch aus Amberg und Weiden. Über die Unterlagen und Archive anderer BIs - manche haben sich inzwischen aufgelöst - liegen momentan keine weiteren Informationen vor.

<sup>1</sup>In dieser Zeit entstanden zwei Aufsätze, die auf das Engagement und Repertoire einiger damaliger Deutschfolkformationen Bezug nahmen: Uli Otto: Neue Töne von Mehlprimeln, Guglhupfa, Anonym. Plädoyer für gesellschaftskritisches Engagement im „Neuen Volkslied“. In: Neue Musikzeitung 36 (1987), Ausg. 1. S. 14; sowie Uli Otto & Maximilian Seefelder. Tradition oder Neuheit? Kritische Lieder im Volksmusikgewande. In: Josef Berlinger & Harald Grill (Hrsg.): Schmankerl 55/56 (Blätter für bayrisch-österreichische Heimatliteratur) München 1986. S. 4-13.

<sup>2</sup>Siehe „Wyhl und Widerstand“, Begleitheft zur Ausstellung, hrsg. von einer Arbeitsgruppe am Volkskundemuseum der Universität Freiburg, masch. o.O., o.J. [Freiburg 1977].

<sup>3</sup>Webseite des Instituts für Neuere und Neueste Geschichte der Schiller-Universität (28.11.2015).



<sup>4</sup>Die Arbeit liegt bisher nur auf Japanisch vor. Eine achtseitige Zusammenfassung ist bei Wolfgang Nowak (Schwandorf) einzusehen, zu dem Soko Aoki seit ihrem Forschungsaufenthalt in Deutschland Kontakt hat.

<sup>5</sup>In diesem Zusammenhang erreichte uns am 21.03.2016 die folgende Antwort-Mail:

„Sehr geehrter Herr Dr. Otto, vielen Dank für Ihre Anfrage bzgl. der Darstellung der WAA-Proteste im neuen Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg. Das inhaltliche Konzept ist gerade im Entstehen, deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich Ihnen nur eine erste Vorabinfo geben kann. In unseren Planungen spielen die Anti-WAA-Proteste eine wichtige Rolle. Gleichwohl ist es ein Thema unter vielen, so dass wir nicht jeden Aspekt berücksichtigen können. Einige der von Ihnen genannten Punkte greifen wir auf, so etwa den christlichen Widerstand, die Hüttendörfer, die Anti-WAAhnsinnsfestivals, Bildende Künstler gegen die WAA, Anti-WAA-Publizistik, Klassik-Konzerte gegen die WAA, Mütter gegen Atomkraft. Bitte beachten Sie: Nicht alles davon wird sich aus Platzgründen in der Dauerausstellung wiederfinden können, wir bieten zusätzlich in Regensburg aber noch ein großes Medienarchiv zur Nutzung an, die so genannte Bavariathek. Hier kann man verschiedene Themen vertiefen und sich auch mit eigenen Erinnerungen und Beiträgen einbringen. Schon jetzt können Sie sich in unserem umfangreichen Zeitzeugenarchiv umschauen:

<http://www.hdbg.eu/zeitzeugen/treffer.php?t=2&q=wackersdorf>. Hier finden Sie einige der Protagonisten, mit denen wir in Kontakt stehen - einzelne BIs, Aktivisten, Künstler und Politiker. Sollten Sie weitere Fragen haben, melden Sie sich bitte bei mir.

Mit freundlichen Grüßen Wolfgang Reinicke.“

<sup>6</sup>Eginhard König in Gesprächen mit Uli Otto im Herbst 2014 und Frühjahr 2015.

<sup>7</sup>E-Mail vom 22.07.2015 an das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

<sup>8</sup>Antwortsmail vom 28.07.2015.

<sup>9</sup>Antwortsmail vom 26.10.2015.

<sup>10</sup>E-Mail vom 01.09.2015.

<sup>11</sup>E-Mail vom 16.11.2015. Das Förderanliegen wurde also nicht von vorneherein abgelehnt. Vielmehr begründete man die Ablehnung damit, dass „Anzahl und Umfang der Anträge und Abfragen [...] unsere Möglichkeiten leider um ein Vielfaches“ überstiegen.

<sup>12</sup>E-Mail vom 25. März 2016. Bei Ulrich Lenz handelt es sich um den Geschäftsführer der BRISE GmbH in Regensburg.

„Lieber Uli Otto, leider komme ich erst heute dazu, Ihnen zu antworten. Ostwind ist in Regensburg in diesem Jahr stark engagiert –wir unterstützen neben dem Minimarathon auch die Theatertage und das Zentrum für seltene Krankheiten. Hinzu kommt, dass sich die geschäftlichen Möglichkeiten für uns in Bayern durch die Politik der CSU äußerst reduziert bzw. komplett erledigt haben. Nichtsdestotrotz finde ich Ihr Vorhaben gut und möchte Sie deshalb gerne privat mit einer Summe von 1.000.- Euro unterstützen. Bitte teilen Sie mir dazu die Bankverbindung mit.

Herzliche Grüße und auf ein gutes Gelingen der Web-Site Ulrich Lenz“

<sup>13</sup>Dabei begründete Oberbürgermeister Wolbergs seinen ablehnenden Bescheid damit, dass „der Freistaat Bayern (...) derzeit in Regensburg das Museum der Bayerischen Geschichte“ errichte. „Die Eröffnung ist zum 100. Jahrestag der Bayerischen Verfassung im Jahr 2018 vorgesehen. Dort ist geplant eine eigene Abteilung zum Thema WAA einzurichten und diesen Teil der neueren Geschichte aufzuarbeiten. Einen aktuelleren Aspekt, der eine Förderung gerade jetzt befürworten würde, kann ich leider derzeit nicht erkennen. Ich bitte deshalb um Ihr Verständnis, dass aus den genannten Gründen eine Beteiligung der Stadt Regensburg an Ihrem Projekt nicht möglich ist.“ Und im Schreiben der Mitarbeiterin des Kulturamtes heißt es: „(...) Leider muss ich Ihnen eine Förderung absagen, zum einen, da wir nur künstlerische und kulturelle Projekte fördern können, zum anderen, da sich das Projekt hauptsächlich auf Wackersdorf, nicht Regensburg, bezieht.“

<sup>14</sup>Bernd Jürgen Warneken: Vorwort: Die Straße ist die Tribüne des Volkes. In: Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration. Frankfurt a.M./New York 1991. S. 7-15, hier S. 12. Warneke zitiert u.a. Gottfried Korff... Rote Fahnen und Tableaux Vivants. Zum Symbolverständnis der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert (aus: Albrecht Lehmann [Hrsg.]. Studien zur Arbeitskultur. Münster 1984. S. 106).

<sup>15</sup>Thomas Emmerig (Hrsg.): Musikgeschichte Regensburgs. Regensburg 2006;

<sup>16</sup>Helge Gerndt: Studienskript Volkskunde: Eine Handreichung für Studierende (Münchner Beiträge zur Volkskunde). Münster 1997. S. 79.

<sup>17</sup>Ina-Maria Greverus: Zu einer nostalgisch-retrospektiven Bezugsrichtung der Volkskunde. In: Hessische Blätter für Volkskunde 60 (1969). S. 11-28, hier S. 23; zit. nach Hartmut Böhme, Peter Matussek, Lothar Müller: Orientierung Kulturwissenschaft – Was sie kann, was sie will. 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2007. S. 25f.



<sup>18</sup>Wolfgang Brückner (Hrsg.): Falkensteiner Protokolle. Frankfurt a.M. 1971, S. 303; hier zit. nach Wolfgang Kaschuba: Einführung in die Europäische Ethnologie. 3. Aufl. München 2006, S. 93. Zur Falkensteiner Tagung siehe auch Rolf W. Brednich: Grundriss der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie. 3. Aufl. Berlin 2001; darin Utz Jeggle: Volkskunde im 20. Jahrhundert. 53-76, S. 70; sowie Rolf Wilhelm Brednich: Quellen und Methoden. S. 77-100, hier S. 95f.

<sup>19</sup>Berlin, Freiburg i. Br. und Marburg entschieden sich beispielsweise für Europäische Ethnologie, Tübingen für Empirische Kulturwissenschaft und Regensburg für Vergleichende Kulturwissenschaft.

<sup>20</sup>Gerndt: Studienskript Volkskunde. S. 79.

<sup>21</sup>Wolfgang Brückner, 1987, zit. nach ebd.

<sup>22</sup>Elisabeth List: Ein Wort zur Selbstverortung der Kulturwissenschaften. In: Elisabeth List & Erwin Fiala (Hrsg.): Grundlage der Kulturwissenschaften. Interdisziplinäre Kulturstudien. Tübingen und Basel 2004. S. 11-38, hier S. 35.

<sup>23</sup>Elisabeth List: Geschichte, Gesellschaft, Kultur – Einleitende Bemerkungen. In: List / Fiala (Hrsg.). Grundlage der Kulturwissenschaften. S. 257-324, hier S. 259.

<sup>24</sup>Elisabeth List: Geschichte, Gesellschaft, Kultur – Einleitende Bemerkungen. In: List / Fiala (Hrsg.). Grundlage der Kulturwissenschaften. S. 257-324, hier S. 259.

<sup>25</sup>Wolfgang Kaschuba: Einführung in die Europäische Ethnologie. 3. Aufl. München 2006. S. 102.

<sup>26</sup>Doris Bachmann-Medick: CULTURAL TURNS: Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbek bei Hamburg 2006. S. 9.

<sup>27</sup>Martin Scharfe: Menschenwerk. Erkundungen über Kultur. Köln-Weimar-Wien 2002. S. 3. Zum Verfasser siehe auch seine Zusammenstellung von Texten aus den vergangenen 20 Jahren: Martin Scharfe: Signaturen der Kultur. Studien zum Alltag & zu seiner Erforschung. Marburg 2011; zu methodischen Fragen und Problemstellungen siehe Silke Göttisch & Albrecht Lehmann (Hrsg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie. 2. Aufl. Berlin 2007; dsgl. Christine Bischoff, Karoline Oehme-Jüngling, Walter Leimgruber (Hrsg.): Methoden der Kulturanthropologie. Bern 2014.

<sup>28</sup>Als Beispiele angeführt sei die Aufführung von Josef Haydns „Schöpfung“ im Jahr 1986, die von ihren Initiatoren und Veranstaltern ganz bewusst gegen die geplante WAA „instrumentalisiert“ wurde, da sie in ihren Augen eine Bedrohung eben der Schöpfung war.

<sup>29</sup>Aleida Assmann: Einführung in die Kulturwissenschaft. Grundbegriffe, Themen, Fragestellungen. 3. Aufl. Berlin 2011. S. 17.

<sup>30</sup>Annette Vowinckel: Zeitgeschichte und Kulturwissenschaft. In: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 4 (2007), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2007/id=4741> (11.04.2016) [Druckausgabe S. 393-407].

<sup>31</sup>Alljährliche Sommerfeste bei dem 2015 verstorbenen Sozialanthropologen, Ökobauern und Anti-WAA-Aktivisten Dr. Eberhard Klein in der „Höllmühle“ bei Brennberg gerieten zu regelrechten Veteranentreffen, bei denen Wackersdorf-Erinnerungen ausgetauscht und aufgefrischt werden konnten. Dies hat sich alters- und krankheitsbedingt in den letzten Jahren geändert. Das Sommerfest ist auf eine neue Besuchergeneration übergegangen. Die Erfahrung zeigt, dass selbst unter politisierten jungen Leuten „alte Geschichten“ oft nicht hoch im Kurs stehen. Hier lässt sich übrigens ein Vergleich ziehen zu den „alten Geschichten“ früherer Kriegsgenerationen oder der Erinnerung an die DDR, die in der Kinder-Generation ebenfalls oft auf wenig Gegenliebe stießen und stoßen.

<sup>32</sup>Was Tageszeitungen angeht, beschränken wir uns der Nähe zu den Ereignissen wegen weitgehend auf die Lokalblätter Mittelbayerische Zeitung (für die südliche und mittlere Oberpfalz) sowie Neuer Tag und Oberpfälzer Nachrichten (für das Gebiet der nördlichen Oberpfalz).

<sup>33</sup>Manche Künstler äußerten auf Nachfrage, sie seien niemals „in oder gegen ‚Wackersdorf‘ aufgetreten“ oder sie hätten diese wegen der Fülle ihrer damaligen Auftritte schlicht vergessen. Im ironischen Kontrast dazu stellen sich andere im Nachhinein als engagierte WAA-Gegner dar, obwohl ihre Aktivitäten nicht belegbar sind. Die Heranziehung von Flugblatt- und Plakatankündigungen sowie Zeitungsberichten hilft der Erinnerung nach - wenn auch nicht immer im heutigen Sinne der Betroffenen.

<sup>34</sup>Herbert Baumgärtner stellte Uli Otto und der BI Schwandorf unentgeltlich einige Tausend Negative zur Verfügung. Ein Großteil der Bilder wurde digitalisiert und floss unter anderem in die Bildersammlung von Wolfgang Nowak ein.

<sup>35</sup>Diese Sammler haben es nicht mit dem Sammeln von regionalem Anti-Atom-Liedgut bewenden lassen, sondern tragen seit Jahrzehnten auch Lieder anderer „Brennpunkte“ sowie historisch-politische Liedmaterialien aus anderen Epochen und zu den verschiedensten Themen und anderen Bereichen zusammen.



## Dieter Groß & Uli Otto

### Einige soziologische Hintergründe zum Widerstand gegen die WAA in den 1980er Jahren

#### *Die Spaltung der oberpfälzer Gesellschaft zwischen 1980 und 1989*

Zwischen 1980 und 1990 ging durch die oberpfälzer Gesellschaft ein tiefer Riss, und der reichte oftmals bis tief in Familien und Freundeskreise hinein. Für eine allgemeine Darstellung der damaligen Grundstimmungen kann man annähernd von einer, allerdings in Ermangelung verlässlicher Befragungen und Untersuchungen nur schwer quantifizierbaren, Dreiteilung ausgehen.

Zum einen gab es die sich in der Sache oft als unpolitisch verstehenden CSU- und Atomtechnikanhänger. Dieses gesellschaftliche Segment verharrte ganz wesentlich in der vor- bzw. antidemokratische Attitüde, dass „die da oben das beste für uns wollen“, und folgte dem Projekt in unkritischer Technologiegläubigkeit. Anti-WAA-Gruppen waren für sie grundsätzlich „von Moskau finanzierte und fremdgesteuerte Chaoten“ bzw. „nützliche Idioten Moskaus“. In Einzelfällen fanden sich gar Denunzianten, die ruhigen Gewissens und voller echter Empörung kritischere Geister als Staatsfeinde anschwärzten. Denn es waren gerade die veränderten Demonstrations- und Aktionsformen der AKW-Gegner, die ein tiefes Gefühl von Verunsicherung und Bedrohungsängste aufkommen ließen. Man folgte bereitwillig wirtschaftlichen Argumenten wie denen, dass in Deutschland ohne die Atomkraft die Lichter ausgingen und dass Atomkraft eine billige Alternative zu anderen Energiequellen darstellte. Ohnehin seien die deutschen AKWs die besten der Welt und schon von daher könne überhaupt nichts passieren.

Der versprochene ökonomische Nutzen der WAA strahlte zumindest in der ersten Zeit durchaus auch über diesen Kreis hinaus, wie z.B. zeitgenössische und dauerhafte Zerwürfnisse innerhalb der SPD-Fraktion im Gemeinderat von Wackersdorf belegen.

Die zweite und breiteste Gruppierung bestand aus den „Ohne-Michels“, die vor allem ihre Ruhe haben wollten. Im Unterschied zur ersten Kategorie hegte man ein manchmal tiefes Misstrauen gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat, denn als selbsteingestandene „Realisten“ wusste man: Als kleiner Bürger „könne man sowieso nichts ändern“, weil „die da oben ohnehin machen, was sie wollen“. Selbst passiv bleibend diffamierte man die Teilnehmer etwa an Demonstrations-Wochenenden als „auswärtige Chaoten“ und „arbeitsscheues Gesindel, welches alles bestreite, außer seiner Lebenshaltung“ - Formulierungen, die populistische Politiker ständig bedienten, allen voran der bayerische Ministerpräsident und vehemente Befürworter nicht nur ziviler Atomkraft, Franz Josef Strauß. Das in dieser Gruppe latente Misstrauen auch gegenüber dem Freistaat Bayern oder der Bundesrepublik zeigte sich darin, dass man eigentlich und „prinzipiell doch auch gegen die WAA“ sei, aber Unterschriftenaktionen mit dem Argument boykottierte, es könnten damit persönliche und berufliche Nachteile verbunden sein. Folglich „outete“ sich mancher dieser „Ohne-Michels“ erst nach Aufgabe der Pläne Ende der 1980er Jahre: Man sei auch selbst schon immer gegen die WAA gewesen.

Die dritte Gruppe, die Anti-AKW-Aktivistin, nahm mit ihren Aktionen nicht nur demokratische Grundrechte wahr, sondern stellte sich ganz bewusst der „Pflicht zu demokratischer Teilhabe von unten“. Die Angst um die angestammte Heimat ließ auch Konservative zu aktiven WAA-Gegnern werden. In realistischen Einschätzung der politischen Lage war man bereit, Unbequemlichkeiten und Misshelligkeiten auf sich zu nehmen, erlitt tatsächlich in manchen Fällen berufliche Schwierigkeiten und verzichtete zumindest auf Freizeit und nahm finanzielle Lasten auf sich - da „Moskau“ den Anti-Atom-Aktivistin eben nichts zahlte.



Um die kulturellen Manifestationen der letzteren Gruppe soll es in den Beiträgen unseres Projektes gehen, also um Menschen, die ihren Kampf gegen die Atomlobby und die sie stützenden Politiker mit großem Engagement, unter persönlicher Opferbereitschaft und nicht zuletzt mit viel Phantasie führten. Die „Staatsmacht“ hatte ihren Aktivitäten nichts Kreatives entgegenzusetzen. Was blieb war, mit Diffamierungskampagnen, martialischem Gehabe und Repressionsmethoden zu reagieren - und doch höhnte auch das sprichwörtliche Wasser der Kultur den Stein staatlicher und ökonomischer Macht.

### ***Das Ausstrahlen des Konzepts einer demokratiebewussten Bürgergesellschaft in die Oberpfalz***

Die Anti-WAA-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich nicht von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen und den sozialen Bewegungen der jüngsten Vergangenheit isolieren. Sie setzte sich von Anbeginn an aus Einzelpersonen, Organisationen und Gruppen zusammen, die an unterschiedlichste demokratische Traditionen und Vorbilder anknüpften und sich ganz bewusst als Teil eines größeren, netzwerkartigen Zusammenhangs sahen. Man wandte sich aktiv gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomkraft nicht nur im eigenen Land und trat für pazifistische und bürgerrechtliche Bestrebungen in allen Ländern ein, auch wenn man sich jeweils auf ein konkretes nationales oder regionales Projekt konzentrierte. So gab es Ende der 1970er Jahre vielfache Überschneidungen zur im Rahmen der Nachrüstungsdebatte wieder aktuellen Friedensbewegung sowie zu profilierten Umweltorganisationen wie BUND, Greenpeace und Robin Wood.<sup>1</sup> Für viele überraschend waren es bereits zu Beginn des Anti-Atom-Widerstandes nicht zuletzt konservativ fühlende lokale Gruppierungen, sogar aus dem CDU/CSU-Lager, die entschlossen Protest organisierten und weitertrugen. Ihnen gesellten sich politische Gruppen nicht zuletzt aus studentischen und manchmal auch aus radikalen Kreisen hinzu - eine soziologische Breite, die eine Spaltung der Bewegung durch die WAA-Befürworter zunehmend erschwerte.

Das Prinzip der „friedlichen“ Nutzung der Kernenergie hatte seinen politischen Durchbruch in Deutschland in den 1950er Jahren gehabt. Die selten folgenden Proteste dagegen blieben begrenzt auf einen lokalen Rahmen. Es ging zumeist um den Widerstand gegen ein KKW oder eine Atommülldeponie in der Nähe des eigenen Wohnortes. So führte ein Protest der Stadt Nürnberg dazu, dass ein zunächst für Bertoldsheim geplantes Atomkraftwerk letztendlich in Gundremmingen errichtet wurde. Zum offenen Widerstand bzw. organisierten Einsprüchen von Bürgern kam es erstmals 1970/1971, als die Planungen der KKW in Breisach, Essenshamm, Neckarwestheim und Bonn bekannt geworden waren. In Breisach gab es Kundgebungen und Protestmärsche. 65.000 Einsprüche wurden vorgelegt, was die baden-württembergische Staatsregierung dazu bewog einzulenken - und das Vorhaben nach Wyhl zu verlagern. Doch dort gab es wider Erwarten noch weit heftigere Widerstände, die französische AKW-Gegner einbezogen, die ihrerseits seit 1971 gegen das KKW Fessenheim protestierten. Das Engagement der südwestdeutschen Bürgerinitiativen verstärkte sich zudem angesichts der Politik der baden-württembergischen Landesregierung, die auf Konfrontation setzte und eine Politik aus Täuschung und Desinformation verfolgte. Im Februar 1975 kam es schließlich zur mehrmonatigen Besetzung des Wyhler Baugeländes durch ca. 28.000 Menschen. Sie übte große Signalwirkung auf die gesamte Bewegung in der Bundesrepublik aus und gewann Symbolcharakter, weil die baden-württembergische Staatsregierung ihre Pläne schließlich aufgeben musste - ein erster ermutigender Sieg der deutschen Anti-Atom-Bewegung.

Ab Mitte der 1970er Jahre breitete sich Widerstand dann an fast allen möglichen Atom-Standorten aus. Lokale Initiativen formulierten ihr Anliegen nun als „Kein AKW in NN und anderswo“. Das Spektrum an Aktivitäten verbreiterte sich rapide. Juristischer und fachwissenschaftlicher Widerstand traf sich mit neuen Protestformen. Es gab Aufklärungsveranstaltungen und Vorträge, Einsprüche gegen Verfahren, verfassungsgerichtliche Klagen, Kundgebungen, Demonstrationen, Blockadeaktionen und kulturelle Aktionen der verschiedensten Art.



Als Spitzenverband der links-alternativen Umweltbewegung vermochte sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zu positionieren. Er wurde zum einigenden Faktor, „ein lockerer Dachverband von Umweltgruppen, der die nationalen Themen der Bürgerinitiativbewegung stark beeinflusste und in seiner Struktur die Charakteristika der Initiativen spiegelte. So verschrieb sich der BBU dem Prinzip der Basisdemokratie und der Vermeidung von Mehrheitsentscheidungen. Dem BBU mit seinen ca. 100 bis 200 Mitgliedsgruppen gelang es Mitte der siebziger Jahre das Thema Kernkraftprotest und gegen Ende des Jahrzehnts das Thema Umwelt und Abrüstung in der nationalen Öffentlichkeit als Kernanliegen der Bürgerbewegungen zu positionieren“.<sup>2</sup>

Selbst die Hegemonie der USA im Feld der Popularkultur spielte eine Rolle. Man importierte von dort den Anspruch auf basisdemokratische politische Teilhabe. Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung wurde zum international anerkannten Vorbild. Mit ihrem populären Führer Martin Luther King jr. und dem von ihm propagierten zivilen Ungehorsam hatte sie in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren in den Südstaaten der USA die gesetzlich festgeschriebene Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung angeprangert. Ihre unterschiedlichen Formen des gewaltlosen Widerstands und friedlichen Protests wurden beispielgebend auch für Teile des Wackersdorf-Widerstands.

Für die Organisation der zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen konnte man zurückgreifen auf die deutsche Wiederbewaffnungsdiskussion der 1950er Jahre. Inspiriert von der britischen Campaign for Nuclear Disarmament entstand daraus zu Beginn der 1960er Jahre die pazifistische Ostermarschbewegung. Sie war die erste unabhängige und breit angelegte außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik.<sup>3</sup> Getragen von traditionelleren Verbänden wie der Naturfreundejugend, aber auch von religiös motivierten Pazifisten wie dem Internationalen Versöhnungsbund, entwickelte sie sich zu einer Massenbewegung mit bis zu 300.000 Teilnehmern.

Unterstützung fand sie bei namhaften Persönlichkeiten wie Erich Kuby, Robert Jungk, Martin Niemöller, Ernst Rowohlt, Erich Kästner, Robert Scholl (dem Vater von Hans und Sophie Scholl von der „Weißen Rose“), Helmut Gollwitzer und Bertrand Russell. Aus den zunächst auf die Ostertage begrenzten Aktionen entstand 1963 die ‚Kampagne für Abrüstung‘, die 1968 – unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze – zur ‚Kampagne für Demokratie und Abrüstung‘ wurde. „Aus den wenigen mutigen Ostermarschierern war somit innerhalb von acht Jahren die erste soziale Bewegung der Bundesrepublik entstanden, die mit unterschiedlichen Formen des gewaltfreien Widerstands auch die Grundlagen für die ab 1970 entstehende Bürgerinitiativbewegung und später die Anti-AKW-Bewegung geschaffen hatte“.<sup>4</sup> Einen zweiten Höhepunkt erlebte sie zwischen 1979 bis 1983 in der Nachrüstungsdebatte. Massenproteste gegen die Installation von Pershing II-Raketen und Cruise Missiles mündeten am 10. Juni 1982 in Bonn, der damaligen Bundeshauptstadt, in die bis dahin größte Demonstration des Landes. Anlass war ein Staatsbesuch des US-Präsidenten Ronald Reagan.

Aber auch andere Ereignisse der 1960er Jahre veränderten längerfristig das politische Bewusstsein in Richtung größerer politischer und gesellschaftlicher Liberalität. Exemplarisch erwähnt seien die „Schwabinger Krawalle“ vom Juni 1962, ein an sich singulärer Kulturkonflikt auf der Münchner Leopoldstraße mit erheblicher kultureller Langzeitwirkung.<sup>5</sup> Von noch durchschlagenderer Wirkung war nur wenige Monate später der „SPIEGEL-Affäre“, die das gesamte politische Selbstverständnis des Landes veränderte. Staatliche Legitimität, so wurde deutlich, braucht die aktive Mitwirkung der Bürger.



## ***Die westdeutsche Studentenbewegung der 1960er Jahre und das Aufkommen „grünen Gedankenguts“ ab Beginn der 1970er Jahre***

Als Beginn der westdeutschen Studentenbewegung gilt das Jahr 1961, in dem sich die SPD im Gefolge ihres Godesberger Programms vom parteilinken Sozialistischen Deutschen Studentenbund trennte. Restaurative Entwicklungstendenzen und Politskandale sollten das gesellschaftliche Klima weiter verschlechtern. Die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg während der Anti-Schah-Demonstration in Berlin am 2. Juni 1967 und das Attentat auf Rudi Dutschke, der Symbolfigur der studentischen Linken, führte in Teilen der Jugend zu verstärkter Militanz. Diese „Außerparlamentarische Opposition“ sollte sich zwar schon am Ende des Jahrzehnts in Kleingruppen aufsplittern, schuf mit ihren neuen Aktionsformen aber den Übergang zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Zu ihnen gehörte die neue Anti-Atomkraft-Bewegung gegen die zivile Nutzung der Kernenergie. Hintergrund war zudem ein sozialpsychologischer Wertewandel in der westdeutschen Gesellschaft hin zu tendenziell post-materialistischen, als emanzipatorisch aufgefassten Weltbildern und Lebensstilen, die rein ökonomischen Argumentationen den Boden entzog.

Aus der Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung, den Neuen Sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung und der Neuen Linken der 1970er Jahre entstand die am 12./13. Januar 1980 in Karlsruhe gegründete Partei Die Grünen. Bei der Bundestagswahl 1983 gelang ihr der Einzug in den Bundestag. Von 1985 bis 1987 stellte sie in einer rot-grünen Koalition in Hessen mit Joschka Fischer erstmals einen Landesminister.

Trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen dominierte in Bayern weiter die CSU. Gerade hier schien darum die Durchsetzbarkeit einer Atomanlage wie der WAA unproblematisch zu sein. Umso überraschender war, dass es wegen der WAA-Pläne im eigenen Hinterland plötzlich zu ungeahnten Protestkundgebungen kam, darunter im Sommer 1986 das 5. WAAhnsinns-Festival in Burglengenfeld, mit ca. 130.000 Teilnehmern die bis dahin größte politisch motivierte Open-Air-Musikveranstaltung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die massenhafte Beteiligung von Kulturträgern an den Auseinandersetzungen um die Atomkraft in den 1970er und 1980er Jahren sowie um den NATO-Nachrüstungsbeschluss 1979 sind die bis heute letzten politischen Ereignisse, in denen kulturelle Manifestationen in einem beinahe materiellen Sinn politische Wirkung zeigten.<sup>6</sup> Mit der Durchsetzung eines neoliberalen Wirtschaftskonzepts sowie nach der deutschen Wiedervereinigung samt den damit verbundenen Problemen verschob sich das Interesse eines Großteils der Bevölkerung wieder hin zu den klassischen ökonomischen Problemen. Ökologische Fragen verschwanden zeitweise zwar weitgehend aus der medialen Debatte, politisch aber wirkten sie weiter. So begrenzte man zu Regierungszeiten Gerhard Schröders die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke auf zwanzig Jahre. Durchkreuzt wurden die Pläne der konservativen Nachfolgeregierung unter der ehemaligen Umweltministerin Merkel, die Laufzeiten wieder zu verlängern, durch die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima im Frühjahr 2011. Beides gab der Anti-AKW-Bewegung erneut Auftrieb, und eher aus parteipolitisch-taktischen Erwägungen denn aus Überzeugung beschloss die Bundesregierung zumindest prinzipiell den Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie. Diese Entscheidung unumkehrbar zu machen ist ein Kern der gegenwärtigen ökologischen Debatten. Insofern reicht die erfolgreiche und eben auch kulturell unterfütterte Opposition gegen die WAA bis in die Gegenwart hinein, ja sogar darüber hinaus.



<sup>1</sup> Siehe hierzu die Ausführungen von Thomas Balistie: Straßenprotest in der Bundesrepublik Deutschland. Einige Entwicklungen, Besonderheiten und Novitäten in den Jahren 1979 bis 1983, hier S. 257-281. Siehe aber auch Christina von Hodenberg & Detlef Siegfried (Hrsg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006, S. 7-15; dsgl. Wolfgang Beer: Die Lernbewegung einer sozialen Bewegung ab 1957 von den „Göttinger 18“ in den „Wyhler Wald“. – In: [www.diezeitschrift.de/42007/beer0701.pdf](http://www.diezeitschrift.de/42007/beer0701.pdf), S. 41-44 [16.9.2016], Axel Schildt & Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart. Bonn 2009.

<sup>2</sup> Jens Ivo Engels: Umweltschutz in der Bundesrepublik – von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung. – In: Sven Reichardt & Detlef Siegfried (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen 2010, S. 405-422, hier S. 413.

<sup>3</sup> Gerd Semmer: Wir wollen dazu was sagen. Texte für eine andere Republik 1949-1967, hrsg v. Udo Achten, Oberhausen 1999. Achten charakterisiert im Vorwort die Entwicklung wie folgt: „Die Remilitarisierung war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt worden. Um eine zusätzliche atomare Aufrüstung zu verhindern, gingen zuerst wenige, dann immer mehr Menschen auf die Straße. Oppositionelle Positionen kamen in den Medien (das Fernsehen spielte noch keine große Rolle) nur unzureichend zu Wort, deswegen musste versucht werden, mit eigenen Mitteln ein Stück Gegenöffentlichkeit herzustellen. Die Ostermarschbewegung knüpfte an die ‚Ohne mich-Kampagne gegen die Remilitarisierung an und war Vorläufer der Friedensbewegung der achtziger Jahre“.

<sup>4</sup> Wolfgang Beer: Die Lernbewegung einer sozialen Bewegung ab 1957 von den „Göttinger 18“ in den „Wyhler Wald“ – In: [www.diezeitschrift.de/42007/beer0701.pdf](http://www.diezeitschrift.de/42007/beer0701.pdf), S. 41-44, hier S. 41 [16.9.2016].

<sup>5</sup> Dazu etwa Stefan Hemler: Aufbegehren einer Jugendszene. – In: Gerhard Fürmetz (Hrsg.) Schwabinger Krawalle. Essen 2006, S. 55-57.

<sup>6</sup> Zum besonderen Aspekt der Musik in diesem Prozess vgl. z.B. Dietrich Helms: Ein bisschen Frieden hören. Vom Krieg und der Befriedung der populären Musik. – In: Hartmut Lück & Dieter Senghaas (Hrsg.): Vom hörbaren Frieden, Frankfurt a.M. 2005, S. 575-600, hier S. 593.

